

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

21-15451
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Finanzielle Hilfe für Prostituierte

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

26.02.2021

Beratungsfolge:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Beantwortung)

11.03.2021

Status

Ö

Sachverhalt:

Im Rahmen der Corona-Pandemie haben wir im AfSG bereits an verschiedenen Stellen über die aktuelle Situationen von Frauen gesprochen, die in Braunschweig der Prostitution nachgehen.

Nach wie vor leben Frauen in Braunschweig, die ohne die Prostitution kein Geld zum Leben haben. Augenzeug*innen haben uns berichtet, wie die Frauen immer wieder zur Prostitution gedrängt werden. Die Frauen stehen vor dem Dilemma, dass sie Geld brauchen, sich jedoch auch schützen möchten.

Da die Frauen nicht alle aus anderen EU-Ländern stammen, bzw. die meisten keine Papiere haben, fallen sie durch verschiedene Hilfesysteme.

Dennoch brauchen die Frauen eine finanzielle Unabhängigkeit, um im Rahmen der jeweils geltenden Corona-Verordnung handeln und sich schützen zu können.

Wir bitten daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Möglichkeiten haben Prostituierte aus anderen Ländern und ohne Papiere, um finanzielle Hilfen zu beantragen?
2. Welche Ansätze verfolgt die Verwaltung aktuell, um die Frauen in dieser Notsituation, in der sie sich oftmals eben nicht selber helfen können, zu unterstützen?
3. Welche bisher nicht ausgeschöpften Potenziale sieht die Verwaltung, um den Prostituierten zu helfen?

Anlagen: keine